

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 42.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 19. Oktober 1907.

Verlag: A. Bohrborg, Hannover, Münzstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von E. W. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Heute ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

## Streiks oder Aussperrungen

bestehen in **Samburg**.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in **Meißen** und **München**.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Wenn die jetzt herauskommenden Geschäftsberichte als Avis für die Gestaltung auf dem Wirtschaftsmarkt angesprochen werden könnten, dann wären sie ein glänzender Rahmen zu einem prächtigen Bilde. Trotz der teilweise erheblichen Kapitalvermehrungen werden durchgängig erhöhte Dividenden ausgeschüttet, und das, obwohl die Reservefonds sehr reichlich bedacht werden und man mit den Abschreibungen stark hinauf geht.

Neben den Kohlen- und Hüttenwerken sind es vornehmlich die Unternehmungen der chemischen Industrie, wie auch die Zementfabriken, die von der Günstigkeit der Konjunktur gut profitiert haben; ferner erzielten die Zucker- und Papierfabriken durchaus befriedigende Umsätze. Eins der bedeutendsten Unternehmungen in der chemischen Industrie, die Kombination: Farbwerke vorm. Bayer u. Co. und Badische Anilin- und Soda-Fabrik, nahm in der letzten Zeit hervorragend an der Interessengemeinschaft der Börse in Anspruch. Die Interessengemeinschaft hat durch Erwerb des Kohlenbergwerks „Augusta Viktoria“ begonnen, sich in Beschaffung der Brennmaterialien auf eigene Füße zu stellen. Die nicht dem Syndikat angeschlossene Beche erzielte im Jahre 1906 allerdings erst eine Förderung von 46 772 Tonnen, aber sie verfügt über einen bedeutenden Kohlenfeldbesitz. Dieser umfaßt rund 19 Millionen Quadratmeter.

Die Zementindustrie kann anscheinend noch auf längere Zeit mit günstigen Verhältnissen rechnen. Jedenfalls ist man über die Hauptfrage, betreffend den Weiterbestand der Verbände, hinaus. Die gute Geschäftslage hat es mit sich gebracht, daß die Verhandlungen über Erneuerung der hannoverschen Verkaufsvereinbarung der Zementwerke Erfolg hatten. Auch besteht begründete Hoffnung, das Kartellverhältnis mit den übrigen Vereinigungen der Zementindustrie aufrecht zu erhalten. Die Exportverhältnisse sind gut. Da die Lage auf dem englischen und amerikanischen Zementmarkt ebenfalls günstig ist, kann man sogar noch auf eine Steigerung der Absatzjahre rechnen. Vorräte sind bei den Werken nicht vorhanden; um dem Begehre zu genügen, muß teilweise in Doppelschicht gearbeitet werden. In den letzten Wochen erzielten Zementaktien an den Börsen Avancen bis zu 10 Prozent.

Auch die deutsche Zuckerindustrie steht im Zeichen guter Marktfrage. Von hoffnungserregendem Einfluß ist die gutartige Witterung der letzten Wochen. Das Gewicht der Wurzel entspricht ziemlich hohen Erwartungen, im Einklang damit steht der Zuckergehalt der Rüben. Wenn nicht ein Witterungsumschlag einen Strich durch die Rechnung macht, wird die bedeutende Ernte des Vorjahres wiederum erreicht werden, in der Qualität darüber hinausgehen.

Als ein günstiges Moment für die Gesamtmarktfrage kommt noch die größere Flüssigkeit auf dem Geldmarkt in Betracht. Die weitgehenden Befürchtungen, die sich an den Herbsttermin knüpfen, haben sich als übertrieben erwiesen. Bleibt die Entwicklung auf dem Geldmarkt weiter fortschreitend günstig, dann erscheint eine Belebung auf dem Baumarkt als gesichert, und davon würde wiederum auch die Zementindustrie angeregt. Für die wachsende Unternehmungslust spricht ferner die Belebung auf dem Markte der Terraintaktien, der lange Zeit unter vollständiger Interesselosigkeit zu leiden hatte. Den freundlichen Momenten, die für einige Industrien ziemlich kräftige belebende Wirkung haben können, stehen aber auch andere Faktoren und Erscheinungen gegenüber, die ehrlichen Optimismus nicht aufkommen lassen, die vielmehr zu Bedenken und Befürchtungen Anlaß geben.

Da ist zunächst die Preisgestaltung am Getreidemarkt zu nennen. Wenn vor kurzem die Hoffnung noch laise sich regen konnte, die hohen Börsennotierungen fänden in den innern Marktverhältnissen keine Stütze und würden sich nur vorübergehend halten lassen, so scheint man nun doch mit der Tatsache sich abfinden zu müssen, die hohen Börsennotierungen auch in den Brotpreisen wirksam werden zu sehen. Das würde gegen den vorjährigen Preis eine Verteuerung um 25 bis 30 Prozent bedeuten. Jedenfalls keine erbaulichen Ausflüchten. Umsonst, als auch die Verhältnisse in der Eisenindustrie eine Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt befürchten lassen. Die Kohlengruben sind allerdings noch voll auf beschäftigt, ja man versucht sogar noch mit dem Gespenst einer möglichen Kohlenknappheit zu operieren. Auch bei den

Stahlwerken liegt noch auf Monate hinaus reichlich Arbeit vor. Der Arbeitsstok dieser Werke erhielt in den letzten Wochen erhebliche Vermehrung durch bedeutende Aufträge der Staatseisenbahnen. Aber aus der verarbeitenden Industrie mehren sich die Klagen über Verminderung der Aufträge. Die Spezifikationen bleiben aus, die Kaufkraft der Händler hält zurück. Unter solchen Umständen mußten die Preise der Erzeugnisse schon nachgeben. Dazu wächst auf dem Auslandsmarkt das Angebot; die Berichte vom amerikanischen Eisenmarkt haben das Gepräge der Zuversichtlichkeit verloren, man rechnet mit Produktionsbeschränkungen und weiteren Preisrückgängen bei Rohmaterialien und Halbzeug. Daß dann die Preise der Fertigerzeugnisse ebenfalls kräftig geworfen werden, liegt in den Verhältnissen begründet. Wenn schon die besser organisierten Produzenten der schweren Industrie die Preise nicht mehr halten können, dann sind die von ihnen abhängigen, teilweise noch gar nicht organisierten Fabrikanten der Weiterverarbeitung, in der die künstliche Abschwächung des Angebots durch freiwillige, gleichmäßige Produktionsbeschränkung noch nicht zum Markt beeinflussenden Faktor geworden ist, sicher nicht imstande, weitere Preisrückgänge aufzuhalten. Der belgische Stahlverband hat diesen Tatsachen auch bereits Rechnung getragen durch Reduktion der Halbzeugpreise. Damit hat der Verband die Konkurrenzfähigkeit seiner exportierenden Abnehmer jedenfalls wesentlich gestärkt.

In einer ungünstigen Situation befinden sich die deutschen Halbzeugverarbeiter, denn der deutsche Stahlverband zeigt wenig oder gar kein Entgegenkommen bei der Preisgestaltung. Die höchsten Konjunkturpreise bleiben in Geltung. Dadurch wird den verarbeitenden Werken die Möglichkeit der Ausfuhr fast gänzlich abgeschnitten, umso mehr, als auch die deutschen Halbzeughersteller auf dem Auslandsmarkt billiger verkaufen, hierdurch den Halbzeugverarbeitern den Export direkt untergraben. Der Stahlverband hat nicht nur beschlossen, die bisherigen Preise von 97,50 Mk. für Rohblöcke, 100 Mk. für Vorblöcke, 110 Mk. für Knüppel und 112,50 Mk. für Platinen bestehen zu lassen, sondern er lehnt auch noch die Gewährung der früher gezahlten Ausführungsvergütungen ab. Dagegen haben die Preise für Stabeisen, Bleche, Bandstahl bereits um 10—15 Mk. nachgeben müssen, so daß manche Werke kaum die Selbstkosten decken. Dazu ist das Angebot viel umfangreicher als die Nachfrage. Die mißlichen Verhältnisse hatten bei den reinen Werken dem Gedanken Eingang verschafft, eine Gesundung der Verhältnisse herbeizuführen durch periodische Einstellung der Betriebe. Bei den rhein-westf. Blechwalzwerken hat solcher Gedanke sich sogar zu einem Beschluß verdichtet. Ob er zur Ausführung gelangt, hängt wesentlich von dem weiteren Verhalten des Stahlverbandes ab. Der Verzweigungsschritt der Walzwerke ist übrigens durchaus verständlich. Sie haben z. B. für Platinen 11—15 Mk. mehr zu zahlen als die englischen Konkurrenten, denen Platinen zu 104 Mk. frei Hafen Südwales angeboten wurden. Wie wollen da die reinen Walzwerke wettbewerbsfähig sein, da sie doch auch noch die Frachtkosten für Bahn zahlen müssen, so daß gegenüber der Konkurrenz sie mit um 20 Mk. höheren Selbstkosten zu rechnen haben. Zu dem Mißverhältnis zwischen Halbzeug- und Fertigpreisen kommen dann noch die Preisrückführungen für Brennmaterialien. Während die Verbraucher mit den Preisen ihrer Erzeugnisse hinabgehen müssen, schrauben die Kohlenmonopolisten die Brennmaterialienpreise weiter hinauf. Industriekohlen haben gegen das Vorjahr um 10—15 Prozent angezogen; die Preise für Koks sind noch kräftiger hinauf geschritten. Teilweise sind die Brennmaterialien zurzeit noch über die ganz abnorm hohen Sätze des Jahres 1900 hinausgetrieben worden; dagegen bewegen sich die Preise der Eisenerzeugnisse um 10—20 Prozent unter dem damaligen Niveau. Das sind Zustände, die die Verworrenheit auf dem Eisenmarkt noch verstärken und Katastrophen entgegenführen müssen. Da ist es ein schlechter Trost, daß die Stahlwerke, die meist ihr eigenes Hoheisen erblasen, aus eigenen Gruben Kohlen fördern und so ihrerseits bei Heranzahlung der benötigten Rohmaterialien keinem Syndikat tributpflichtig sind, durch die Aufträge der Staatseisenbahnen eine Jahresproduktion, die sich auf 3 Jahre verteilt, heringeholt haben.

Eine Erschütterung des Eisenmarktes beeinflusst mehr oder weniger alle Industrien, in ihren letzten Willensschlägen erfährt sie alle Zweige der Gütererzeugung, reißt sie schwächer oder stärker mit in den Strudel der Krise hinein. Verhältnismäßig wenig berührt durch die hohen Kohlenpreise wird die Textilindustrie, weil deren Verbrauch relativ gering ist. Die Konstitution des Textilmarktes ist zurzeit auch noch sehr gut, das Allgemeinbefinden gibt vorläufig zu Klagen keinen Anlaß. Die Preise sind befriedigend, der Beschäftigungsgrad nimmt vielfach die Produktionsfähigkeit der Werke voll auf in Anspruch. Störende akute Erscheinungen mit örtlichem Charakter können daher allgemeine Befürchtungen nicht auslösen. Der starke Rückgang der Baumwollpreise wird natürlich sehr schmerzhaft beurteilt. Wer zu den hohen Preisen sich lange

im voraus eingedeckt hat, ist durch den Rückgang der Preise für Rohwolle, dem ja auch Preisnachlässe für Halbzeuge und Fertigerzeugnisse folgen müssen, nicht angenehm berührt; auch die Weber, die sich auf Monate hinaus mit Garnen zu den hohen Konjunkturpreisen eingedeckt haben, sehen in dem Sturz der Baumwollpreise einen Nachteil; im allgemeinen liegen die Verhältnisse aber so, daß die Preisveränderungen die Lage auf dem Textilmarkt eher besitzend als beroutierend beeinflussen.

Treten keine störenden Umstände ein, dann haben einige Industrien ziemlich sicher mit noch länger anhaltendem gutem Wirtschaftswetter zu rechnen; dagegen sind die Verhältnisse auf dem Eisenmarkt so wenig geklärt, daß sich über die nächste Zukunftsgestaltung wenig Bestimmtes sagen läßt; nur das erscheint sicher: die Abschwächung hat eingesetzt, das Tempo in welchem sich die Abschwächung weiter entwickelt, und der Grad, bis zu welchem er hinabführt, ist dagegen noch ungewiß.

## Scharfmacher in der Ziegelindustrie und Gewerbeinspektionsbericht.

In dem Streben der Arbeiterschaft nach günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen ist auch das Streben nach größerem Schutz gegen Erkrankungs- und Unfallgefahr mit enthalten. Die Erhaltung der Gesundheit ist für den Arbeiter mindestens so wichtig wie auskömmlicher Lohn und kurze Arbeitszeit. Die Einführung und Verbesserung der sanitären Einrichtungen, der Unfallschutzvorrichtungen usw. bildet deshalb auch einen wesentlichen Bestandteil der Forderungen in unsern wirtschaftlichen Kämpfen. Es ist damit auch ganz natürlich, daß die Erörterungen dieser Einrichtungen in unsern gewerkschaftlichen Organen, in Versammlungen und Besprechungen einen breiten Raum einnehmen. Die Kritik, welche dabei an den diesbezüglichen Mißständen geübt wird, klingt den Unternehmern nicht gerade angenehm in den Ohren, und ihre Organe sind eifrig bemüht, die Tatsachen zu verdrehen, als Übertreibungen hinzustellen, oder gar abzuleugnen.

In dem Artikel „Unfälle auf Ziegelfeldern“ in Nr. 30 des „Proletariats“ vom 27. Juli d. J. wurde das Mißverhältnis der Ziegelfeldarbeiter, das in der kurzen Bezahlung in starkem Kontrast steht, einer entsprechenden Würdigung unterzogen. Dieser Artikel, dem der Bericht der preussischen Gewerbeinspektion, also amtliches Material, zugrunde lag, scheint den Ziegelfeldbesitzern nicht ganz bequem zu sein, denn ihr Schutzpatron, Dr. Siebels, fühlte sich verpflichtet, sich damit in der „Zentralzeitung“ zu beschäftigen. Auf die amtlich festgestellten Tatsachen geht er natürlich nicht ein, sondern sucht nur die daraus gezogenen Schlussfolgerungen zu vernichten. Die Ursache der stets wachsenden Zahl der Unfälle sieht er mit Hilfe der Scharfmacherbrille in der Mangelhaftigkeit der Arbeiter, nicht aber in den mangelhaften Betriebsbedingungen. Als Beweis führt er an, daß die Zahl der schweren Unfälle zurückgegangen, die leichten aber gestiegen seien. Den Rückgang der schweren Unfälle sieht er auf das Konto der besseren Betriebsüberwachung.

Wörtlich bemerkt er:

„Nach der Zusammenstellung haben die schweren Unfälle (bauernde und teilweise Erwerbsunfähigkeit) einen erfreulichen Rückgang erfahren, was der peinlichen Betriebsüberwachung zugute kommen dürfte. Dagegen ist die Zahl der leichten Unfälle, für die nur vorübergehende Renten erforderlich wurden, ganz erheblich gestiegen, von 217 im Jahre 1890 auf 1268 im Jahre 1905.“

Wir sind nun hochhaft genug, das Zurückgehen der schweren Unfälle in den Jahren 1903/04 (von 1904 ab sind sie übrigens wieder gestiegen) nicht der „peinlichen Betriebsüberwachung“, sondern vielmehr der „verbesserten Rechtsprechung“ zuzuschreiben. Mit der peinlichen Betriebsüberwachung“ sieht es sehr bedenklich aus, denn im Jahre 1906 mußten in 1128 von 1177 revidierten Betrieben Schutzvorrichtungen angeordnet werden. Wenig Sachkenntnis, aber desto mehr Naivität entwickelt Dr. Siebels in seinen weiteren Ausführungen:

„Der Verfasser des sozialdemokratischen Artikels führt für das Anwachsen der Zahl der Unfälle auf Ziegelfeldern folgende Ursachen an:

1. Das Fehlen einer festgelegten Arbeitsgrenze.  
Diese Behauptung kann in dieser Allgemeinheit nicht zugegeben werden. Gewiß mag es zahlreiche Betriebe in der Gewerkschaft geben, in denen eine Arbeitsgrenze nicht festgelegt ist. Dieser Mangel wird jedoch weniger den Unternehmern zur Last gelegt werden können, als vielmehr den eigenartigen Verhältnissen der Saisonbetriebe, Fabrikbetriebe, die das ganze Jahr ohne Unterbrechung arbeiten, haben wohl stets, dem Leistungsgebrauch entsprechend, die Arbeitszeit im Interesse der Arbeiter begrenzt. In den Saisonbetrieben dagegen sind Wanderarbeiter aller Art beschäftigt. Diese Leute würden, weil sie in einem Teil des Jahres eine allgemeine Einnahme erzielen müssen, höchstwahrscheinlich mit einer Begrenzung ihrer Arbeitszeit wenig einverstanden sein.

2. Die lange Arbeitszeit, wie sie auf Ziegelfeldern üblich ist, merkt den Körper aus und verändert die geistige Spannkraft.  
An und für sich hat der Verfasser damit recht, daß eine lange Arbeitszeit auf Körper wie Geist schädlich wirkt, nur verzicht er

dabei, daß es, wie ich schon oben betont habe, bei einer Industrie, die, wie die Ziegeleifabrikation, auf der Mehrzahl der Werke nur auf die Sommermonate angewiesen ist, sich nicht anders einrichten läßt, als daß in der kurzen Zeit von 3 Monaten soviel wie irgend denkbar geleistet wird. Dafür haben die Arbeiter Gelegenheit, sich in den übrigen 7 Monaten zu erholen oder aber sich einer weniger anstrengenden Tätigkeit hinzugeben. Schließlich dürfte es von rechts wegen niemandem verwehrt werden, so lange zu arbeiten, wie er will, denn der Saisonarbeiter wird eine größere Freude daran haben, am Tage länger zu arbeiten und dafür am Ende der Saison höhere Ersparnisse, herbeigeführt durch eine höhere Gesamtlohnsumme, mit nach Hause zu bringen, als kürzere Zeit zu arbeiten und über niedrigen Verdienst und geringe Ersparnisse zu verfügen."

Die „eigenartigen Verhältnisse“ der Saisonbetriebe sind also die Ursache der langen Arbeitszeit. Ja, zum Teil, sind denn diese Verhältnisse nicht umzugestalten? Steht nicht Leben und Gesundheit vieler Tausenden von Arbeitern höher, als die Eier einiger Kapitalisten nach Profit? Der Profit der Ziegeleibesitzer leidet wohl nicht unter den „eigenartigen Verhältnissen“, denn sonst wären sie schon längst im Ortus. „Der Wanderarbeiter würde mit einer Verkürzung der Arbeitszeit wenig einverstanden sein, weil er eine angemessene Einnahme erzielen müsse.“ Eine morbide Geschichte, die man einem Doktor kaum zutrauen sollte. Weiß denn Dr. Fiebellorn nicht, daß nur der niedrige Lohn die lange Arbeitszeit bedingt? Kann denn nicht auch durch einen höheren Lohn eine „angemessene Einnahme“ erzielt werden? „Die Ziegeleiarbeiter haben Gelegenheit, sich in den übrigen 7 Monaten zu erholen.“ Welch ein Hohn! Von einem Durchschnittslohn von 659,65 M. soll der Arbeiter Ersparnisse machen, um sich erholen zu können! Ob der Herr Doktor das wohl fertig bringt? Vielleicht könnte er dann unter den Ziegeleiarbeitern Hungerkämpferkurse veranstalten, er würde sich damit sicher das Wohlwollen der Ziegeleibesitzer erwerben.

Daß die Zahl der Unfälle nicht durch die lange Arbeitszeit ungünstig beeinflusst werde, sucht er durch eine Tabelle nachzuweisen. Dazu bemerkt er folgendes: „Die nachstehende Uebersicht ergibt, daß die meisten Unfälle sich gerade an den Montagen ereignet haben, also nachdem die Arbeiter Gelegenheit hatten, den ganzen Sonntag der Ruhe zu pflegen.“ Nach der Statistik der Unfallberufsgenossenschaft ereigneten sich im Jahre 1906 Montags 1176, Sonnabends aber 1179 Unfälle. Wie es aber mit der Sonntagsruhe der Ziegeleiarbeiter bestellt ist, beweisen die 104 Unfälle, die sich im Berichtsjahre Sonntags ereigneten. Nehmen wir noch hinzu, daß die einheimischen Arbeiter infolge der Hungerlöhne gezwungen sind, des Sonntags ihre Landarbeit zu verrichten, so beweist uns die Fiebellornsche Tabelle, daß die Ruhezeit der Arbeiter des Sonntags gar nicht vorhanden, oder doch viel zu kurz ist. Die Schädlichkeit der Vorkarbeit und deren Einfluß auf die Unfallhäufigkeit fertigt Herr Fiebellorn nach Scharfmacherart ab:

„Ich habe noch keinen Arbeiter kennen gelernt, der sich bei der Vorkarbeit zu Tode geplagt hat. Auch hier ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, und der Arbeiter sorgt schon selber dafür, daß er dauernd nicht über seine Kräfte hinaus tätig ist. Die sozialdemokratische Partei ist wahrhaft selbstverleugend für den Tagelohn, denn sie weiß, daß sie gerade durch die Betonung dieses Umstandes alle die Summierer und faulen Leute auf ihre Seite zieht, die nicht Lust haben, den Tag über ordentlich zu arbeiten, und ihr Heil darin erblicken, gegen einen ihnen regelmäßig gezahlten bestimmten Tagelohn nicht mehr zu leisten, als sie unbedingt nötig haben und als ihnen gut ergeht.“

Auf diese Weise orakelt Herr Fiebellorn noch über die „hohen“ Löhne, über die einzelnen Unfälle usw. Wir haben diese Broden Fiebellornscher Weisheit nicht etwa Revue passieren lassen, um etwas neues zu bieten, sondern um zu zeigen, mit welchen plumpen Ausreden die Ausbeutung verteidigt wird.

Es hat dem Herrn Doktor offenbar viel Mühe verursacht, den erwähnten Artikel „Unfälle auf Ziegeleien“ abzumachen. Kein Wunder, wenn er deshalb die Gewerbeinspektionsberichte in den Ortus wünscht. Dieser Wunsch, mit dem der angehende Scharfmacher allen Ziegeleibesitzern aus dem Herzen gesprochen haben dürfte, verdient hier festgehalten zu werden. Hier ist er:

„Es ist bedauerlich, daß bei dieser Gelegenheit einer Tatsache wieder Erwähnung gemacht werden muß, die häufig genug nicht nur die Ziegeleibetriebe, sondern auch andere Industriezweige beschäftigt hat. Es ist dies die Art der Abfassung der Gewerbeinspektionsberichte, auf die ich in der Abhandlung hingewiesen will. Immer wieder ist der Regierung mitzuteilen worden, welchen Fehler sie dadurch begeht, daß die einzelnen Gewerbeinspektoren gewisse Vorurteile in ihren Berichten anbringen, ohne auf das nachprüfbarste zu betonen, daß diese Fehler eben nur als Beispiele gelten können. Stellt man sich aus den Gewerbeinspektionsberichten alles das zusammen, was die Ziegeleibetriebe betreffen, so erhält man ein mehr als eigenartiges Bild, und es ist, als ob in diesem Industriezweige seitens der Inspektoren der Gewerbeinspektoren beständiger Zustand der Unzufriedenheit über herrsche in einer Eingabe an den Minister hervorgehoben, und auch der Reichsminister Landarbeiter G. S., sowie die „Landarbeiter-Zeitung“ haben diesen Uebelstand zu wiederholten Malen bemerkt. Gewagt hat es bis jetzt alles nichts, denn die Regierung ist nicht bereit zu überlegen gewesen, wie sehr sie sich selbst durch die Art der Abfassung der Gewerbeinspektionsberichte schadet.“

„Ich schlage der sozialdemokratischen Partei die Gewerbeinspektionsberichte in ihrer vorliegenden Form für keine Zwecke an, und er hat immer bei einzelnen Punkten Stellen aus den Gewerbeinspektionsberichten an der Hand, damit die er die Wichtigkeit seiner Behauptungen nachzuweisen sucht. Natürlich geht auch er nicht hervor, daß es sich hier um Einzelfälle handelt und daß die angeführten Tatsachen nur des Beispiels wegen in den Berichten erwähnt worden haben. Auch er zieht infolgedessen den Schluss, daß es um die Gewerbeinspektionsberichte geht. Es wäre an der Zeit, daß die preussische Staatsregierung endlich einmal einsehen, wie sehr sie die Industrie und die Arbeiter durch die Art der Abfassung der Berichte schadet, und daß sie hier Abhilfe schafft.“

Wir können den Scharfmachern und Unternehmern den Schwanz nachschlagen, wenn sie durch die Berichte amtlich bloßgestellt werden. Vielleicht läßt sich die Regierung erweichen, und erlaubt Herrn Dr. Fiebellorn zum Heifer der Gewerbeinspektoren „Einzelfälle“ sollen es sein, die in den Berichten angeführt werden. Einzelfälle sind es wohl auch, wenn handverlesen für jede Person ein Bett verlangt werden mag, wenn ungeschlagene gesunde Wägen und Schiffe an Land geladen werden müssen, oder wenn Tausende von Arbeit-

betungen der Frauen- und Kinderbeschäftigung gemeldet werden. Wer schon Gelegenheit hatte, zu beobachten, wie Revisionen gemacht werden, der wird auch wissen, daß es reiner Zufall ist, wenn irgend ein Mißstand entdeckt wird. Die große Anzahl der in der Gewerbeinspektion angeführten Fälle beweist aber, daß in den Ziegeleien nicht nur „Einzelfälle“, sondern geradezu skandalöse Zustände herrschen, die eben bei Revisionen nicht schnell zu verdecken oder zu beseitigen sind. Das Ansehen, das die Ziegeleiarbeiter der Regierung stellen, zeigt uns aufs neue, daß sie dieselbe nur als geschäftsführenden Ausschuss der bestehenden Klasse betrachten.

## Konfusinatorius in der „Gummi-Zeitung“.

In der Nummer vom 16. September beschäftigte sich die „Gummi-Zeitung“ mit den Organisationsbestrebungen der technischen Industriellen Beamten. Sie drückt den Aufruf zur Organisation ab, sagt von ihm, daß er „jeder sozialdemokratischen Organisation Ehre machen“ würde und bespricht dann die Forderungen der Beamten, die in einem Programmentwurf festgelegt sind. Dabei leistet sich die „Gummi-Zeitung“ folgenden blähsenden Unsinn. Sie schreibt:

Man wird anerkennen müssen, daß diese Forderungen an Bescheidenheit gewiß nichts zu wünschen übrig lassen; es fehlt nur noch, daß der Bund hinzusetzt: „Die Höhe der Gehälter seiner Mitglieder bestimmt der Bund.“

In einleitenden Satz lassen die Forderungen der Beamten an Bescheidenheit nichts zu wünschen übrig, im Schlußsatz werden dieselben Forderungen als übertrieben verhöhnt. Zum könnte man ja diesen Widerspruch durch Annahme eines „Druckfehlers“ erklären, die bei dem Wort Un bescheidenheit die erste Silbe weggelassen hat. Dadurch läßt man zwar den Widerspruch in diesem Satz auf, gerät aber in Wirklichkeit nur immer tiefer in die Wirre der kapitalistischen Preßstrabantenlogik hinein. Es heißt nämlich weiter:

„Gleichwohl sind es nicht so sehr die vorstehenden Forderungen, welche die Beachtung der interessierten Kreise verdienen, denn diese Forderungen sind ja die Hauptsache noch in den weitaus meisten Betrieben ganz oder größtenteils schon durchgeführt.“

Bei diesem Satz läßt, umgekehrt wie beim vorigen, der einleitende Satz auf unerfüllbare und der Schluß auf bescheidene Forderungen schließen. Auf diese Leistung folgt dann eine Abhandlung darüber, wie sich die Redaktion der „G.-Ztg.“ die Organisation der Beamten denkt und welche Aufgaben sie ihr zuweist. Diese Aufgaben decken sich übrigens fast genau mit denen, die den Arbeitervereinigungen von der „G.-Ztg.“ empfohlen wurden (Bergl. Nr. 33 des „Prok.“) Sie schreibt nämlich:

„Es wird jedem vernünftigen Menschen fern liegen, den technisch-industriellen Beamten etwa einen Zusammenschluß zu verwehren zu wollen, der die Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage in Aussicht nimmt. In heutiger Zeit, wo der Zusammenschluß der verschiedenen Interessengruppen zur Tagesordnung gehört und immer weitere Kreise umspannt, wäre es absurd, von den technisch-industriellen Beamten zu verlangen, daß sie sich jeder Organisation fernhalten sollen. Die Organisierung derselben an sich verleiht ja auch ihren Brotgebern nicht, im Gegenteil, es kann diesen nur angenehm sein, wenn durch eine solche Organisation eine Stärkung der Leistungsfähigkeit der Beamten herbeigeführt, wenn ihr theoretisches und praktisches Wissen, ihre Ansicht, ihre Tatkraft, ihr ganzes Können erhöht und getätigt werden. Eine solche Organisation wirkt geradezu für beide Teile segensreich und erzielt in der Tat eine wirtschaftliche und soziale Hebung des Standes der technisch-industriellen Beamten.“

Also, dieselbe Leiter wie bei den Arbeitern. Gegen die Organisation der Beamten haben die Gummi-Zeitung nichts einzuwenden, nur daß diese Organisation sich nicht gegen den „Brotgeber“, wie sich die „G.-Ztg.“ geschmacklos ausdrückt, richten, sondern muß zum einzigen Zweck haben, die Leistungsfähigkeit der Beamten und damit den Profit des Unternehmers zu steigern. Wenn die Beamten eine Organisation „an sich“ schaffen wollen, haben sie den Segen der Unternehmer, wollen sie aber eine Organisation für sich gründen, sind sie gottlos und unglücklich. Um aber die Moralpredigt wirksamer und die Konfusion größer zu machen, fügt das Blatt noch folgende Epistel an:

„Die Organisation aber, die in der oben erwähnten Art und Weise „Forderungen“ stellt, um lediglich erweiterte Rechte zu erlangen, ohne gleichzeitig bemüht zu sein, damit auch die Pflichten ihrer Mitglieder in Einklang zu bringen, diese Organisation ist nichts weiter, als eine gewerkschaftliche Zusammenrottung mit dem Grundsatze: Macht geht vor Recht, und die gestellten „Forderungen“ charakterisieren sich als eine Nachahmung sozialdemokratischer Allüren, der kein Industrieller eine Bedeutung zusprechen oder sie ernst nehmen wird. Denn es ist schon verkehrt, wenn Arbeiter sich zusammenschließen und ihren Arbeitgeber mit Gewalt irgendwelche Zugeständnisse abringen wollen, so wird es einfach zu einer Unsitte, wenn gebildete Männer der gleichen gesellschaftlichen Schicht, wie ihre Brotherrn, den Versuch machen wollen, den letztern wie eine Schar streikender Arbeiter gegenüberzutreten und ihnen etwas „abzutrotzen“, was sie bei vernünftiger Ueberlegung entweder als unbillig anerkennen müssen oder es doch ebenjogut und viel leichter erlangen könnten, wenn sie ihre Anliegen in einer Form vorbrächten, wie sie unter geschützten und gesellschaftlich sich nähernden Menschen üblich und selten erfolglos ist. Daß aber der Bund der technisch-industriellen Beamten die Manieren sozialdemokratischer Arbeiter annimmt, das würdigt ihn selbst auf das Niveau der letztern herab, und diejenigen der technisch-industriellen Beamten, welche dem Bunde nicht angehören, werden daher gut tun, wenn sie in unabweislicher Form dokumentieren, daß sie das Verhalten des „Bundes“ unter ihrer Würde erachten und jede Gemeinschaft mit ihm weit von sich weisen.“

Die blöde Schimpferei vom „Zusammenrotten“ und „abtrotzen“ werden die Beamten dem kapitalistischen Schmod wohl ebensowenig übernehmen wie die Arbeiter, vielleicht erlernen sie aber daraus, daß die Unternehmer und ihre Helfer auch die Beamten, die so oft Klausurkandidat leisten mußten, wenn die Arbeiter im Kampfe lagen, rücksichtslos bekämpfen, wenn sie wider den Stachel löten. Auch der Schlußsatz, der recht nach Terzianus riecht, dürfte seinen Zweck verfehlen. Die Konfusion wird aber aufs höchste gesteigert durch die Behauptung, daß die von den Beamten gestellten Forderungen „sozialdemokratischen Allüren“ gleichen, „die kein Industrieller ernst nehmen wird.“

Die „G.-Z.“ schreibt dem Sinne nach folgendes:

„Die Beamten stellen Forderungen, die an Bescheidenheit nichts zu wünschen übrig lassen, die aber so übertrieben sind, daß nur noch fehlt... ufm. Gleichwohl sind diese Forderungen nicht das Wichtigste, denn sie sind ja in den meisten Betrieben schon durchgeführt.“

Dieselben Forderungen aber charakterisieren sich als sozialdemokratische Allüren, die kein Unternehmer ernst nehmen wird.“

Wir setzen hiermit einen Preis von 20 Mark aus für den, der aus dem Gefasel der „Gummi-Zeitung“ Arg wird. Die gleiche Summe erhält, wer aus ein Unternehmervogel nachweist, das mit weniger Einfalt und mehr Annahme redigiert wird, wie die „Gummi-Zeitung“.

## Aus der chemischen Industrie.

### Von unserm „Schlachtfelde der Arbeit“.

Die chemischen Arbeiter haben den Vorzug, den Jahresbericht ihrer Unternehmung vom „Schlachtfelde“ ihrer Arbeit früher kennen zu lernen, als der Reichstag. Dieser erhält nämlich regelmäßig Berichte aller deutschen Unfallversicherungs-

berufsgenossenschaft im November oder Dezember durch die Reichsregierung vorgelegt. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie aber veröffentlicht die Hauptzahlen ihrer „Geschäftsgebarung“ für das Vorjahr schon im Sommer. Aus dem Unternehmerblatt der chemischen Industrie lernen wir sie kennen.

Die Ausdehnung der Betriebe ist im Jahre 1906 wieder ganz außerordentlich gewesen. Es wurden gezählt (die Zahlen in Klammern betreffen das Vorjahr 1905):

in Sektion Betriebe	Kollaborier	Arbeiter-	Zunahme
		zahl	der
Berlin	1515 (1477)	25 222 (23 788)	+ 6,03 Proz.
Breslau	724 (723)	9 959 (9 676)	+ 2,92 "
Hamburg	1142 (1102)	31 945 (30 740)	+ 3,92 "
Köln	1296 (1277)	34 640 (32 920)	+ 5,16 "
Leipzig	1464 (1428)	30 096 (28 545)	+ 5,43 "
Mannheim	841 (810)	28 812 (27 499)	+ 4,78 "
Frankfurt a. M.	649 (629)	22 656 (21 603)	+ 4,88 "
Mürnberg	874 (832)	12 026 (11 030)	+ 9,03 "
Deutsches Reich	8505 (8278)	195 356 (185 820)	+ 5,16 Proz.

Die stärkste Arbeiterzunahme hat also, wie in den Vorjahren, der Bezirk Nürnberg aufzuweisen mit 9 Prozent, die schwächste Breslau mit nur 2,92 Prozent. Das Wachstum unserer gewerkschaftlichen Organisation entspricht diesen Verhältnissen nicht, da wir in Nürnberg keineswegs die stärkste Mitgliederzunahme aus chemischen Fabriken zu verzeichnen haben. Eine Mahnung für die bayrischen Kollegen! Die absolut größte chemische Arbeitsarmee weist der rheinische Bezirk um Köln mit nicht weniger als 34 640 Köpfen auf. Was ist auch da für unsern Verband noch zu schaffen! Bald wird die deutsche chemische Industrie die Arbeiterzahl von 200 000 überschritten haben, vielleicht ist dies jetzt schon der Fall. Wann aber werden wir wenigstens die Hälfte derselben, also 100 000 Mann, organisiert haben?

Auch Fingerzeige für die Entwicklung der chemischen Großbetriebe in Deutschland liefert die Uebersicht der Berufsgenossenschaft. Diese Entwicklung ist am stärksten vorgeschritten in den Bezirken Frankfurt a. M. und Mannheim, wo auf keinen Betrieb durchschnittlich 34 Arbeiter kommen, während im Bezirk Breslau die durchschnittliche Arbeiterzahl eines Betriebes erst 13 Mann beträgt. Auch in den Gebieten mit vorwiegenden Großbetrieben könnte unsere Mitgliedschaft viel besser entwickelt sein.

Für die acht Bezirke der Unfallberufsgenossenschaft ist je 1 technischer Aufsichtsbeamter zur Revision der Betriebe auf die Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften hin angestellt, außerdem amtierend 3 Assistenten. Elf Aufsichtsbeamte für ein Arbeiterheer von rund 200 000 Köpfen; es ist der reine Spott! Die Einteilung ist ganz mechanisch. Ob der Bezirk wenig oder viel chemische Arbeiter hat, verlagert nichts. Ein Bezirk — ein „Aufsichtsbeamter“; damit basta! Natürlich können diese Aufsichtsbeamten nicht entfernt alle Betriebe besichtigen, in Berlin kaum den dritten Teil, in Breslau etwas mehr als die Hälfte, während der für Nürnberg 1906 fast alle Betriebe besuchte, der Frankfurter annähernd, der Hamburger wenigstens zwei Drittel. Freilich mußten einige der Herren Unternehmerbeamten da einen Rekkord der Fügigkeit erreichen, der schon an Hererei grenzt. Der Berliner Revisor besuchte beinahe 5 Betriebe an jedem Tage, der Nürnberger 4, am sorgfältigsten nahm es der Leipziger, der „nur“ 2 Betriebe täglich inspizierte. Was soll bei den erstgenannten Revisionszahlen für den Tag an wirklicher Genauigkeit herauskommen? Ueberdies versichern die Beamten selbst, ihre Beziehungen zu den Betriebsunternehmern seien „gut“ gewesen. Das glauben wir bei ihrer Fröhlichkeit auch ohne besondere Versicherung. Arbeiter wurden lediglich bei Besprechung vorgekommener Unglücksfälle herangezogen. Tätigen die Unternehmerbeamten mehr, so würde es ihnen wohl schlecht bekommen. Trotzdem können sie zwei volle Spalten fehlender Sicherheitsvorrichtungen aufzählen, auf deren Einzelheiten wir in einem besonderen Artikel zurückkommen. Auch müssen sie feststellen, daß die Betriebsunfälle dem Vorjahre gegenüber eine Zunahme erfahren haben, die sogar das prozentuale Verhältnis übersteigt, in welchem die Arbeiterzahl zugenommen hat. Aber sie betätigen sich als Solbinger des Kapitals weiter an dem „Unfallverhütung“-System, das den Bod zum Gärtner macht! Ihre Einzelschilderungen bemerkenswerter Unfälle zeichnen sich bei aller technischen Ausführlichkeit dadurch aus, daß sie jedes Wort über die Arbeitsverhältnisse und ihren Einfluß auf die Unfallhäufigkeit peinlich vermeiden. Hierin stehen sie weit unter den staatlichen Gewerbeinspektionen, die diesen Zusammenhang wenigstens nicht ganz aus dem Auge lassen und ihn dadurch kennzeichnen, daß sie die Verwendung so vieler ungelerner Arbeiter in der gefährlichen chemischen Industrie brandmarken.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle ist gegen das Vorjahr von 11 010 auf 11 969 gestiegen. Davon hatten nur 858 eine Erwerbsunfähigkeit von weniger als 3 Tagen zur Folge, waren also die allerleichtesten. Bei 388 Meldungen „erkannte“ die Unternehmerberufsgenossenschaft einen Unfall überhaupt nicht an. Sie hat Uebung in diese „Nicht-erkennung“ erlangt, denn im Vorjahre brachte sie das selbe erst in 339 Fällen fertig. Von den übrig gebliebenen 10 723 Unfällen hatten die Krankenkassen, zu denen bekanntlich die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zahlen, nicht weniger als rund 9000 selbst zu zahlen; diese Mehrzahl von Unfällen erlebte sich durch Krankenbehandlung innerhalb von 13 Wochen. Es blieben also für die Unternehmerklasse übrig zu tragen ganze 1748 Unfälle, das heißt 14 Prozent der angemeldeten! Und darum das Riesengeheul auf offenem Markte über die Unternehmerleistungen für die Arbeiterversicherung! Die chemische Unfallberufsgenossenschaft übernahm also mit einigen armen Teufeln, deren Sache sich seit 1905 hingezogen hatte, im Jahre 1906 ganze 1986 neue Unfallrentenempfänger und zwar 1657 Verletzte, 109 Witwen, 216 Kinder und 4 Eltern oder Großeltern, während 1069 Verletzte, 47 Witwen, 160 Kinder und 3 Eltern, also 1279 Personen, die einige Zeit Renten bezogen hatten, abgestoßen wurden. Am Schluß des Jahres 1906 blieben 12 107 Rentenempfänger. An Kosten für diese „sozialer Fürsorge“ nach dem Unternehmerinteresse hatte die gesamte chemische Industrie Deutschlands 1906 die lächer-

Ufse Summe von 2,6 Millionen Mark angewendet, d. h. etwa den vierten Teil der Profitsumme, welche Großbetriebe, wie der höchstens, in einem einzigen Jahre an ihre millionenreichen Aktionäre auszahlen, von der neuesten 66 Prozent Dividende in Oberfeld und Ludwigshafen gar nicht zu reden!

Unsere Unternehmer sollen deshalb künftig im Rahmen ihrer Arbeiterfürsorge und im Hinweisen auf die „Lasten“, welche die Industrie für die Sozialversicherung trägt, etwas zurückhaltender und weniger prächtlich sein. Sie wissen den größten Teil der Unfälle sehr geschickt auf die Krankenkassen abzuschieben, und den verbleibenden Rest zahlen sie unendlich viel büßlicher, als sich selbst, auch wenn sie kein Pörrerlied für ihren Profit rühren. Das lehrt auch wieder die chemische Unfallversicherungsstatistik für 1906!

### Die kapitalistische Ausnutzung der geistigen Arbeit.

Wenn Angestellte etwas erfinden, so kommt es wegen des Eigentumsrechts an der betreffenden Erfindung häufig zu Streitigkeiten. Dieser Punkt wird in den Anstellungsverträgen viel zu nebensächlich behandelt. Ein neues Beispiel dazu bietet ein Fall in Lothringen, wo es sich um folgendes handelt: Die Firma hatte einen Ingenieur bei der Anstellung schriftlich erklärt, sie behalte sich vor, ihm für etwaige Erfindungen nach Ausweis der Brauchbarkeit eine Entschädigung zu gewähren. Der Ingenieur erlangte nun einen neuen Calciumzement, seine Firma erwachte die Patente dafür und die Erfindung zur Ausnutzung. Wegen der Vergütung ließ sie sich aber verweigern und behauptete im Prozesse, sie habe sich nur das „Recht“ zu einer Vergütung vorbehalten, sei aber keine Verpflichtung eingegangen. Das Gericht erkannte jedoch die Auffassung nicht an. Es entschied: Aus dem betreffenden Vertragspunkte ginge hervor, daß es der Wille der Parteien gewesen sei, daß dem Angestellten eine Vergütung zuteil werden sollte. Wenn die Firma sich die Entschädigung vorbehalten habe, so könne es nicht dahin verstanden werden, daß es überhaupt in ihrem Belieben läge, ob sie etwas vergüten wollte oder nicht. Es könne nur bedeuten, daß sie sich vorbehalte, die Entschädigung in angemessenen Grenzen festzusetzen. Nachdem nun im Prozesse zur Sprache kam, daß die Firma das französische Patent für 80 000 Mark veräußert habe und daß sie im ganzen vielleicht 1 1/2 Millionen an der Erfindung verdienen würde, sprach das Gericht dem Erfinder 40 000 M. Erfindung zu. Die beim Reichsgericht erhobene Berufung der Firma wurde verworfen.

## Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

### Die Ziegelindustrie im Regierungsbezirk Oppereln.

Ueber den Geschäftsgang der Ziegelerei im Bezirke Oppereln schreibt die „Zemindustrie-Zeitung“ folgendes:

Der außerordentlich lebhafteste Geschäftsgang, dessen sich die Großindustrie im Jahre 1906 zu erfreuen hatte, und die damit in Verbindung stehende rege Bautätigkeit übte insofern einen günstigen Einfluß auf das Ziegelgeschäft aus, als der Absatz von Ziegeln während der ganzen Dauer der Bauezeit ein zufriedenstellender war. Trotz des großen Bedarfs behielten aber die Preise den äußerst niedrigen Stand des Vorjahres, da das Durchsetzen jeder höheren Forderung durch Unterbietungen seitens des Wettbewerbes vereitelt wurde.

Die Ziegelerei litt sämtlich unter sehr empfindlichem Arbeitermangel, der auch durch erhöhte Lohnbewilligungen nicht beseitigt werden konnte. Die Verzüge mehrerer Ziegelereien mit Einstellung ruffähiger Arbeiter scheiterten in den meisten Fällen an dem Umstande, daß die Kuthenen, welche an eine anhaltende und regelmäßige Beschäftigung nicht gewöhnt sind, nach kurzer Zeit die Arbeit niederlegten. Anträge der Ziegelereibesitzer auf Zulassung gatliger Arbeiter, die anstellig und ausdauernder als die Kuthenen sind, wurden von den Behörden abgelehnt.

Der Arbeitermangel hatte zur Folge, daß die Leistungen der meisten Ziegelereien der Menge nach gegen die Vorjahre zurückblieben. Dagegen erhöhten sich die Herstellungskosten infolge höherer Arbeiterlöhne und der gesteigerten Preise für Kohlen und sämtlicher für den Betrieb erforderlichen Stoffe nicht unwesentlich, so daß gegenüber den niedrigen Verkaufspreisen für Ziegel der Unternehmergewinn als völlig unlohend bezeichnet werden muß. Im verfloffenen Jahre haben die Ziegelereibesitzer Oberpfaltens einen Verband gegründet, besonders zu dem Zwecke, Verkaufsvereinbarungen zu schließen und dadurch dem weiteren Sinken der Verkaufspreise Einhalt zu tun.

Die armen Ziegelereibesitzer sind wirklich bedauernwert. Entweder haben sie über den Geschäftsgang zu klagen, und wenn derselbe wirklich einmal etwas flattert, dann haben sie ihre liebe Not mit den Arbeitern. Die deutschen Arbeiter sind ihnen zu teuer und auch zu träge, die Kuthenen sind die aufreibende, Körper und Geist zerschöpfende Arbeit nicht gewohnt, und die anstelligeren, ausdauernder und auch so billigen und bescheidenen Galizier und Russisch-Polen werden von den Behörden nicht zugelassen. Wenn das so weiter geht, dann werden die Ziegelereibesitzer noch ihre Gesinnung revidieren müssen, oder sie treten einfach zu den Arbeitern über, verzichten auf den „unlohnenden Unternehmergewinn“, und nehmen an den „höheren Arbeiterlöhnen“ teil. Diese „höheren Arbeiterlöhne“ betragen in demselben Jahre für Schlesien im Durchschnitt 575,09 M. Daraus können wir ersehen, wie eintend die „unlohnenden Unternehmergewinne“ sein müssen. Wir können deshalb den Ziegelereibesitzern den Rat erteilen, diese aufreibende, unlohnende Beschäftigung schmerzhaft aufzugeben und herauszuweisen in die Reihen der Ziegelarbeiter. Bei einiger Anstelligkeit und Ausdauer können sie es auch auf 5—600 M. bringen. Aber Jammer und Not hat dann für sie ein Ende.

— **Erfrü.** Am Sonntag, 29. September, fand in Sommerda eine öffentliche Versammlung statt, in der Frau Hedwig Röbbel aus Gera über den sittlichen und praktischen Wert der gewerkschaftlichen Organisation sprach. Ramm hatte die Referentin eine halbe Stunde gesprochen, als der überwachende Beamte die Entfernung der zahlreich erschienenen Frauen forderte, angeblich, weil die Referentin zu politisch spräche. Vergeblich protestierte Kollege Adler, berief sich auf das preussische Vereinsgesetz, alles umsonst. Um die Versammlung nicht auflösen zu lassen, mußten sich die Frauen in die anliegende Stube begeben und Preußen war gerettet. Die Referentin führte die Vorteile der Organisation den Anwesenden vor Augen, erwähnte auch die Sonderorganisationen der Christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften und die Gründung derselben. In der Diskussion stellte sich ein Herr Sauer vor als Vertreter der Gewerkschaften. Er sagte an, daß es bedauerlich, aber nicht zu ändern sei, wenn die Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Organisationen gespalten sei. Auch die Gewerkschaften seien geneigt, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Die unorganisierten Arbeiter müßten aufgeföhrt werden, auch bedauert Redner die Gründung der christlichen und geben Organisationen. War der Redner bis jetzt maßvoll und verständlich, so war es aber nun nicht mehr der Fall. Sozialdemokratische Gewerkschaften, internationaler Kongress, Parteitag in Essen, Bielefeld und alles Mögliche wurde vorgebracht, um den freien Gewerkschaften das Wasser abzugraben. Nach Herrn Sauer sprach Kollege Adler, der dem herbeigeholten Agitator der Hirsch eine wohlbedachte Antwort zukommen ließ. Redner bedauerte zunächst, daß Sauer seine wenigen vorkühnlichen Ausführungen durch sein Schimpfen auf Gewerkschaften und Partei illusorisch gemacht habe. Wo in aller Welt seien die Arbeitgeber in verschiedenen und konfessionellen Organisationen gespalten, hier heißt es: „Bist du Arbeitgeber, so gehörst du zu uns.“ Nur die Arbeiter lege man gegenseitig aufeinander, dann wo sich zwei Arbeiter streiten, sei der Arbeitgeber der lachende dritte. Auch die Gewerkschaften seien nicht neutral, wie der erst seit einigen Jahren beseitigte bekannte Beweis. Daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften zum größten Teil sozialdemokratisch gesinnt seien, erjähle uns mit Stolz. Im übrigen habe die sozialdemokratische

Partei stets auf nachdrücklichste die Interessen der Gewerkschaften und somit auch der Arbeiter vertreten, was aber bei keiner andern Partei der Fall sei. Wenn Herr Sauer sich beschwerte, daß die freien Gewerkschaften die Gewerkschaften bekämpften, so habe dies seinen Grund darin, daß die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften ihre Mitglieder direkt zum Streikbruch kommandiert haben. Redner erinnerte an den Schuhmachereid in Weissenfels, der durch die Taktik des Gewerkschafts verloren worden sei, sowie an den Streik unserer Kollegen in Sommerfeld in der Lausitz. Auch das Scheitern des Streiks führte Redner an. Auch wir suchen eine Verhöhnung, aber mit Streikrechtorganisationen können wir nicht zusammengehen. Wenn es Herrn Sauer nur darum zu tun sei, die unorganisierten Arbeiter zu organisieren, was wolle er denn heute hier, da ein Gewerkschaft für Redner nicht bestehe in Sommerda. Zur Lage der Ziegelarbeiter übergehend, bespricht Redner den Bericht der Ziegler-Berufsgenossenschaft, das Kontinuum- und Schlafstättenwesen, die schwere Arbeit der Ziegler und den geringen Lohn, die Steigerung der Unglücksfälle usw. Auch der Organisation der Ziegler, die Verzüge, eine selbständige Zieglerorganisation zu gründen, die Zieglerkonferenz und schloß seine Rede mit der Aufforderung an die Zieglerarbeiter, sich nur der zuständigen Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, anzuschließen. Auch von der Referentin mußte Sauer manche bittere Wahrheiten hören. Unter anderem von dem Bergarbeiterstreik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier. Sauer versuchte nun, die vom Kollegen Adler vorgebrachten Fälle als Ausnahmen hinzustellen, die er übrigens auch verurteilte. Aber diese Fälle hatten ihren Grund, daß die freien Gewerkschaften den Gewerkschaften keine Vertretung bei Lohnbewegungen zukommen ließen. Im übrigen könne Adler auch den Ziegler nicht beschelten, wo sie sich organisieren wollen. Kollege Adler erklärte nochmals kurz den Schuhmachereid in Weissenfels, stellte fest, daß die Kommissionen gleichmäßig zusammengesetzt waren, auch die Forderungen zusammen eingereicht worden sind. Auch bei der drohenden Metallarbeiter-Auspeerrung haben die Hirsch dieselbe Haltung gezeigt. Unter stürmischem Beifall forderte Kollege Adler die Anwesenden auf, sich nur den freien Gewerkschaften anzuschließen. Im Schlußwort der Genossin Röbbel wendete sich dieselbe nochmals an die Zieglerarbeiter, sich zu organisieren, es gibt keinen andern Weg für sie. Der Vorsitzende schloß die von zirka 250 Personen besuchte Versammlung mit der Aufforderung an die bereits Organisierten, rastlos weiter zu arbeiten, die unorganisierten Kollegen aber forderte er auf, sich nur den freien Gewerkschaften anzuschließen. (Anmerkung: Gegen das Verhalten des Polizeikommissars ist bereits Beschwerde bei dem Landrat erhoben.)

— **Sande bei Bergedorf.** „Zieglerfreuden“. Kürzlich kam der Zieglerbesitzer Stod gegen Mitternacht nach Hause und fühlte sich hierbei verpflichtet, die Arbeiter der Nachtschicht zu kontrollieren. Als er einen Heizer, der ausgetreten war, nicht an seinem Plätzchen fand, fragte er im Jargon der Ofenarbeiter, wo der „Uun“ sei. Inzwischen erschien der also Intitulierte an seiner Arbeitsstelle. In dem Glauben, daß er mit seiner Arbeitskraft nicht auch seine Ehre veräußert habe, antwortete der hierüber erbitrte Arbeiter in der gleichen Weise. Der Zieglerbesitzer, in seiner angeleglichen Herrenreife getränkt, griff nun nach dem beliebigen Mittel der ostelbischen Junker, deren Manier sich auch die Zieglerbarone teilweise zu eigen gemacht haben, zum Stock und verfechte dem Arbeiter mehrere Schläge auf den Kopf, wobei derselbe eine ca. 1 1/2 Zentimeter lange Wunde erhielt. Der auf diese Weise Mißhandelte ließ sich vom Arzte verbinden, und schüttelte hierauf den Staub der „gastlichen“ Arbeitsstätte von den Füßen. Bemerkte sei noch, daß der betreffende Arbeiter schon 5 Jahre bei diesem schlagartigen Zieglerbesitzer gearbeitet und dort sogar zu Ehren des Profits beide Weine gebrochen hat. Angesichts dieser brutalen Handlungsweise ging aber auch den übrigen Arbeitern die Lust zur Arbeit verloren und lösten sämtlich, acht an der Zahl, ihr Arbeitsverhältnis, um anderweitig Beschäftigung zu suchen. Die Ziegler sind ja manche Behandlung gewohnt, das Vorgehen dieses Prügelfelben aber hat sie doch in Erbitterung gebracht. Selbst die Zieglerarbeiter sehen ein, daß sie nicht Prügel, sondern menschenwürdige Behandlung zu beanspruchen haben. Es ist das ein Zeichen, daß sich auch unter ihnen die Selbstachtung immer mehr Bahn bricht, während sich unter den Besitzenden Rohheit und Brutalität immer breiter macht. — **Gängepeters macht Schme.**

## Wohlfahrtseinrichtungen.

II.

**Pensionsklassen.** Eine Unterstützungskasse, die nur lokalen Charakter hat, und das trifft bei allen diesen Pensionsklassen zu, ist für den Arbeiter wertlos. Sie könnte event. dann für ihn in Betracht kommen, wenn, wie bei den Krankenkassen, bei Auscheiden aus dem Betrieb die Mitgliedschaft durch Beitragszahlungen der Weitrage gewahrt werden könnte. Da dies aber in der Regel nicht der Fall ist, kommt der Arbeiter als Mitglied dieser Klasse in ein Abhängigkeitsverhältnis dem Unternehmer gegenüber, weil er bei Entlassung aus dem Betriebe die Mitgliedschaft und damit seine eingezahlten Beiträge verliert. Das ganze System ist als unmoralisch zu bezeichnen und bedarf einer bestimmten gesetzlichen Regelung, die dem Arbeiter gewisse Rechte sichert. Nur so ist das, nach einer Entscheidung des Gewerbegerichts Bremerheim, das über eine Klage eines Arbeiters contra Firma Krupp, der seine geleisteten Beiträge einforderte, anders werden, da der Arbeiter ein obliegenden Urteil erzielte. (Siehe auch Protokollar Nr. 37 unter „Eine gerichtete Wohlfahrtseinrichtung“.) Es dürfte gut sein, Klagen, die entgegengesetzt entschieden werden, aus prinzipiellen Gründen bis zur letzten Instanz durchzuführen, was allerdings nur dann möglich ist, wenn die Zuständigkeit des Gewerbegerichts angefochten resp. aufgehoben ist, oder wo das Objekt 100 Mark übersteigt. Vielleicht greifen dann unsere Gewerbegerichtsbesitzer einen solchen Fall auf, um ihn auf einer Verbandsversammlung des „Verbandes deutscher Gewerbegerichts“ zur besprechenden Diskussion zu bringen. Landmann enthält einen Fall entsprechend obiger Klage nicht. (Zwischen ist vom Gewerbegericht in Essen ein dem obigen entgegengesetztes Urteil gefällt worden. D. Red.)

Ein Eigenwerk in der bayrischen Oberpfalz hatte für seine Pensionskasse folgende Bestimmungen getroffen: Bei Invalidität nach 5 Jahren ununterbrochener Beschäftigung bei der Firma eine monatliche Rente von 12 M., steigend mit jedem weiteren Dienstjahre um 50 Pf. Als nun im Jahre 1890 die Reichsversicherungs- und Invalidenversicherung in Kraft trat, nahm die Firma gründlich Überlegung vor, eine große Zahl von Arbeitern wurde entlassen, um ihnen jeden Anspruch an die Pensionskasse bei event. Invalidität zu entziehen. Nach 8 oder 14 Tagen konnten diese Leute wieder neu in den Betrieb eintreten. Die vorher geleistete Dienstzeit wurde ihnen aber nicht angerechnet, trotz ihrer Beitragszahlung. Von Organisation oder Gewerbegericht wußte man noch nichts und die Leute waren rat- und rechtlos. Es handelte sich um die Eisenwerkzeugfabrik „Maximilianshütte“, ein Werk mit ca. 3000 Arbeitern, erbärmlichen Löhnen und noch erbärmlicherer Behandlung. Also auch die Pensionsklassen sind eine sehr zweifelhafte Wohlfahrtseinrichtung, einzig geschaffen, um die Arbeiterklasse zum Halten.

**Sparklassen.** Sparklasse ist eine ganz richtige Bezeichnung, und man kann zübig behaupten, daß der Name das Beste an dieser Einrichtung ist. Unter Sparen verstehe ich, mich einschränken, mir etwas verlagern, was ich nötig hätte, denn wenn ich mehr habe als ich brauche, spare ich nicht mehr, sondern lege es einfach zurück, weil ich es eben nicht brauche. Die Folge dieser Sparanrichtung ist, daß der Unternehmer dort, wo Sparklassen unter seiner Regie von seiner Arbeiterklasse benutzt werden, bei Lohnforderungen dem Vertreter der Arbeiterklasse erklären kann: Was wollen Sie, meine Leute verdienen so viel, daß sie noch Geld sparen können. Somit ist auch diese Einrichtung ein Gewinn im Unorganisationskampfe der Arbeiterklasse.

Nach § 119 der N.-O. kann sich der Unternehmer zur Sicherung eines ihm aus der widerrechtlichen Lösung des Arbeitsverhältnisses entstehenden Schadens an dem einbehaltenden Lohne schädlich halten, der Betrag darf jedoch ein Viertel des jährigen Lohnes, im Höchstfalle aber den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen. Dadurch werden aber weitzerschützte

Schadenersatzansprüche nicht ausgeschlossen, so daß der Unternehmer sich unter Umständen an den Spargeldern für Beschädigungen an Maschinen, Werkzeugen usw. schadlos halten kann. Es kann füglich als purer Unterstand bezeichnet werden, wenn Arbeiter, falls sie wirklich etwas übrig haben, allerlei Umstände mögen das in Ausnahmefällen ermöglichen, dieses Uebrig dem Unternehmer unter die Nase legen, zum Nachteile der großen Mehrzahl ihrer weniger glücklichen Kollegen.

**Prämien, Gutmachgelder, Dienstaterszulagen, Neujahrs- und Weihnachtsgelder.** Durch die beiden ersten Gattungen gibt der Unternehmer zu, daß der bestimmte Normallohn, den er bezahlt, zu niedrig ist, und nun ist die Aussicht auf Mehrverdienst die Pfeilsche, die den Arbeiter oder die Arbeiterin antreibt. Wer bei normalen Arbeits- und Lohnverhältnissen bekommt, was ihm gehört und was er zum Leben braucht, wird solche „Belohnungen“ beschmähnen. Diese Art Untertreibung spart dem Unternehmer schließlich auch noch Aussichtspersonal und somit wieder Ausgaben.

Die Anstaltsfabrik Ludwigshafen hat in vielen Fällen bei Verhängung von Geldstrafen zugleich den Befall der Monatsprämien ausgesprochen, was für den Arbeiter einen empfindlichen Verlust, für die Firma das Jahr über einen netten Einnahmeposten ergab. Dabei kam die Firma mit der Gewerbeordnung durchaus nicht in Konflikt, denn es ist heute noch eine unentgeltliche Strafrechte, ob speziell die Prämien einen Teil des Lohnes darstellen. Bis jetzt war bei Gewerbegerichtsentscheidungen in dieser Frage jeweils die Höhe des eigentlichen durchschnittlichen Tag-, Stunden- oder Wochenlohnes, im Verhältnis zu den Löhnen der betreffenden Branche am Orte überhaupt, ausschlaggebend.

Auch die Neujahrs- und Weihnachtsgelder sind den Unternehmern nur Mittel zum Zweck, nämlich die „Belehrung“ mit Aussicht auf diese „Geschenke“ brav zu erhalten. ...folge dieser Jahresgelder die Löhne niedriger gehalten sind, warnt der arme Teufel in Geduld das ganze Jahr mit Sehnsucht auf diese Wohlthat und darf sich natürlich nicht amucken, denn wer vor der Auszahlung dieser Gelder aus dem Arbeitsverhältnis scheidet, der hat auf sie keinen Anspruch und verliert also einen Teil seines Lohnes; denn etwas andres sind diese Gaben nicht. Diese Gelder Geschenke oder Wohlthaten zu nennen, wie bürgerliche Sozialpolitiker das oft tun, ist einfach lächerlich.

Mit Dienstalterszulage will der Unternehmer vornehmlich der Fluktuation steuern, führt sie aber in der Regel damit herbei, denn wo die Anfangslöhne niedrig sind, kann der solideste Arbeiter nicht auf die Zeit warten, wo er durch diese „Wohlthat“ höheren Lohn erhält. Infolgedessen werden es immer nur einige sein, die in den vollen Genuß der Alterszulage kommen. Ist dann der Höchsttag erreicht und der Arbeiter ist dabei alt geworden, so kann er bei jeder beliebigen Gelegenheit die Reue bekennen: Ja, für einen solchen Lohn bekomme ich junge, kräftige Arbeiter genug. Wird der alte Arbeiter eines schönen Tages hinausgeworfen, dann fängt er wieder an, wenn er Glück hat, in einem andern Betriebe und unter denselben Bedingungen wieder von vorne an. Zudem ist es für einen Arbeiter ein sonderbares Empfinden, wenn er weiß, er verrichtet dieselbe Arbeit wie sein Kollege, tut seine volle Schuldigkeit und trotzdem erhält er etwa nur 1/4 des Lohnes wie dieser. Das erbittert die Arbeiter und antreibt sie, weshalb sie in ihrem Interesse bei Möglichkeit dieses System beseitigen müssen.

## Streits und Lohnbewegungen.

— **Singen.** In den hiesigen Fittingwerken macht sich seit einiger Zeit eine Ablauung der Konjunktur bemerkbar. Leider hat es eine große Anzahl der dort beschäftigten Arbeiter nicht verstanden, die gute Zeit auszunutzen, um ihre Organisation zu stärken. Es ist deshalb der Fabrikdirektion jetzt ein leichtes, die flauere Zeit zu benutzen, um der verhassten Organisation, die dem Profit gefährlich werden könnte, die Flügel zu stutzen. Der langgestreckte Zeitpunkt ist nun für die Direktion gekommen, wo sie glaubt, ihre Machtgelfaste befriedigen zu können. Diejenigen Arbeiter, die es gewagt haben, nach einer Verbesserung ihrer Lage zu streben, sie sollen nun für ihre Begehrlichkeit büßen. Nachdem der Direktor wohlgehalten aus der Sommerfrische zurückgekehrt war, konnte das Abmehren der Organisation beginnen. Am 5. Oktober wurde unserm Bevollmächtigten nebst 7 andern Kollegen gefündigt. Die Kündigung war mit der eigenhändigen Unterschrift des Direktors unterzeichnet. Zur Charakterisierung der Direktion muß erwähnt werden, daß es sich dieselbe nicht verhehlen konnte, unserm Bevollmächtigten Kollegen Auer den klauen Brief durch seinen eigenen Sohn, der im Bureau beschäftigt ist, überreichen zu lassen. Die gemäßigten Kollegen sind fast alle Familienväter, und schon längere Jahre in diesem Betriebe beschäftigt. Eine gubdeutsche Protestversammlung, die am 7. Oktober im Eisenbahnrestaurant stattfand, beschäftigte sich mit dem rigorosen Vorgehen der Direktion, das scharf mißbilligt wurde. Der vorgelegte Arbeitsmangel wurde als nicht der Wahrheit entsprechend bezeichnet, da die Direktion in auswärtigen Zeitungen fortgesetzt Arbeiter sucht. Wenn aber wirklich Arbeitsmangel vorhanden ist, warum entläßt die Direktion nicht die jüngeren ledigen Arbeiter, oder die Italiener und Kroaten? Oder warum schwört sie die Arbeitszeit nicht ein? Warum werden dann gerade Familienväter mit langjähriger Tätigkeit entlassen? Die Antwort liegt nicht fern. Es gilt, die Organisation zu zerstören, so lange sie noch in der Entwicklung begriffen ist. Ist sie erst ausgewachsen, das wissen die Herren ganz genau, dann ist es mit der Zerstörung vorbei.

Nachstehende Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die heutige Protestversammlung der Fittingarbeiter protestiert aufs entschiedenste gegen das Vorgehen der Direktion der Fittingfabrik und erblickt in demselben eine direkte Maßregelung. Sie ist der einmütigen Ansicht, daß nur der Zusammenstoß aller Arbeiter in der Organisation imstande ist, dem Vorgehen der Direktion einen Riegel vorzusetzen.“

Der Arbeiterauschuß wurde beauftragt, bei der Direktion vorstellig zu werden mit dem Auftrag, der Direktion anheimzustellen, Maßregelungen zu unterlassen und bei wirklichem Arbeitsmangel Arbeitszeitverkürzung einzutreten zu lassen.

Weitere Verhandlungen sollen noch gepflogen werden, und werden wir nächstens über die Situation weiter berichten. Wir erjuchen alle Fabrik- und Hilfsarbeiter, den Ort Singen in Baden zu meiden.

## Korrespondenzen.

\* **Brieg.** Eine Verhandlung unter Polizeiaufsicht fand dieser Tage zwischen der Firma Schöffeldorfer Ries- und Sandwerke, Brieg, einerseits und den dort beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen andererseits statt. Die letzteren verlangten fürs Verladen der Waggons eine Lohnerhöhung. Der Tatbestand ist folgender: Fürs Verladen des Sandes werden pro Kubikmeter 10 Pf., für Kies 15 Pf. gezahlt. Die Arbeiter forderten eine Zulage von 5 Pf. pro Kubikmeter und waren der festen Ansicht, daß ihnen Entgegenkommen gezeigt würde. Doch sie hatten sich geirrt. Als ihnen rundweg jeder Zuschlag verweigert wurde, stellten sie die Arbeit ein, um mit der Firma in Verhandlungen zu treten. Als Antwort wurden zwei Polizeisergeanten gescholt, die aber nicht kamen, um zu arbeiten, sondern zum Schutze des Herrn Direktors Hänsler, wie er sagte, und als Zeugen. Aber einen besonders Respekt übten sie auf die Arbeiter nicht aus, da dieselben auf ihrer bescheidenen Forderung bestanden. Schließlich sah sich doch der Herr Direktor Hänsler gezwungen, zu verhandeln.

Er erklärte u. a., daß er aus einer Arbeiterfamilie stamme, mit Schippe und Spaten schon sehr viel gearbeitet habe, in M im p f t 100 Arbeiter für 80 Pf. pro Tag bei einer Arbeitszeit von morgens 4 Uhr bis abends 8 und 9 Uhr beschäftigte und diese sich ganz wohl fühlten. (Ob denn der Mensch sich einer so gemeingefährlichen Ausbeutung nicht schämt?) Der Herr Schöffeldorfer Hänsler unterstützte kräftig den Herrn Direktor. Unter Eränen erklärte dann eine Arbeiterin auf Befragen, daß sie seit vier Jahren nichts zugelegt erhalten habe und alle Kräfte anwenden mußte, da sie Witwe sei und vier kleine

Kind zu ernähren habe, sich aber die Gesundheit leidiere. Man dürfte sich dahin, daß, wer wolle, weiter zu dem Alfordbad, die andern in Tagelohn arbeiten könnten, bis der Besitzer, Herr Wined-Breslau, seine Entschädigung getroffen habe.

Bezeichnend ist es, daß jetzt Gefangene in den Sandwerken beschäftigt werden.

**Hamburg.** Am 26. September tagte eine Betriebsversammlung der Arbeiter der Gummiindustrie von Dr. Fr. Traun u. Söhne, Hamburg, im oberen Saale des Gewerkschaftshauses. Genosse Hegmann referierte über die Lage der Gummiarbeiter, unter spezieller Beleuchtung der Arbeitsverhältnisse bei der Firma Dr. Fr. Traun u. Söhne. Redner führte etwa folgendes aus: Der Drang der Arbeiter, sich zusammenzuschließen, um dadurch eine Macht zu bilden, trete immer mehr hervor. Wir können mit Stolz auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren zurückblicken. Wir wissen, daß heute noch einzelne Arbeitgeber das Bestreben haben, den mittelalterlichen Zustand (Herr im Hause sein) aufrecht zu erhalten. Wir sehen, wie heute die Macht der Unternehmer zugenommen hat. Einzelne fühlen sich als kleine Fürsten, indem sie sich das Recht herausnehmen, die Arbeiter vom Mitbestimmungsrecht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuschließen. Ein Teil der Arbeitgeber hat sich allerdings durch das Einwirken der Gewerkschaften mit dem Gedanken abgefunden, daß die Arbeiter ein Wort mitreden können bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Redner berief sich hierbei auf die Kämpfe der Metall- und Holzarbeiter. Die Verhältnisse in den Fabriken liegen nun ganz anders; die starke Situation in den Betrieben gibt den Arbeitgebern die Möglichkeit, jedes Bestreben der Arbeiter um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen im Keime zu ersticken. Dies tritt so recht kraß in den Gummiwerken hervor. Das Bestreben der Arbeiter bildet hier insbesondere ein Hindernis. Die Preise für die einzelnen Artikel werden durch die Betriebsleitung allein festgesetzt, ohne die Arbeiter darum zu befragen. Ist der Preis für den Artikel zu niedrig festgesetzt, wird von den Arbeitern in wilder Hast darauf losgearbeitet, um einen möglichst auskömmlichen Wochenlohn zu erzielen. Hier bietet sich der Betriebsleitung wieder die Gelegenheit, die Preise für die Artikel herabzusetzen. Will der Arbeiter nun noch einen einigermaßen auskömmlichen Wochenlohn erzielen, so ist er gezwungen, seine Lust nach den Ueberstunden zu nehmen. Insbesondere wird Klage geführt über das sogenannte „auf Schuld schreiben.“ Ist der Arbeiter nicht in der Lage, bei dem Preise, der für den Artikel in Kalkulationsbureau festgesetzt ist, einen auskömmlichen Wochenlohn zu erzielen, so erhält er einen Voranschlag, den er später wieder abarbeiten muß. Der Meister hat hier das Bestreben, daß die Artikel seiner Abteilung möglichst billig hergestellt werden. Charakteristisch ist es aber, wenn die Kollegen hier in Hamburg sich weigern, die Artikel zu dem von der Firma festgesetzten Preise zu verkaufen, man versucht, die Artikel von den Hamburger Kollegen herstellen zu lassen. Auf diese Weise hat die Firma es bisher verstanden, ihre Artikel zu billigen Preisen anzufertigen zu lassen. Es gibt allerdings einzelne Arbeiter im Betriebe, die einen einigermaßen auskömmlichen Lohn verdienen. Andererseits werden Leute, die 15 bis 18 Jahre im Betriebe beschäftigt sind, heute noch mit 18—20 Mk. pro Woche entlohnt. Die Preise für die Artikel werden ganz beliebig festgesetzt; in einzelnen Verhältnissen wissen die Arbeiter tatsächlich nicht, wie die Preise sind. Die Alfordpreise werden ganz beliebig herabgesetzt, wie das ja auch erst wieder kürzlich in der Kammjournale der Fall war. Wenn man auch die einzelnen Artikel nicht mehr so abgangsfähig sind, so bedeutet doch ein Lohnabzug für die Arbeiter bei der jetzigen Lebensmittelerhöhung eine enorme finanzielle Schädigung. Wehren die Arbeiter sich dagegen, so werden sie aus dem Pflaster geworfen, auch wenn sie jahrelang im Betriebe beschäftigt sind. Dies kann aber nicht geschehen, wenn die Arbeiter organisiert sind. Nur durch die Organisation sind sie in der Lage, sich das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsprozeß zu erkämpfen. Arbeiter, die befragt werden, was sie haben müssen für diesen oder jenen Artikel, und 8 bis 9 Mk. fordern, erhalten vom Meister die Antwort: „Ihr seid wohl verrückt, 3 bis 4 Mark habe ich berechnet.“ Solange die Arbeiter im Betriebe sich zeigen, sich gegenseitig anzusehen, können die Herren mit solchen Sätzen experimentieren. Redner bespricht dann die Wohlfahrtsvereine des Betriebes, die im wahren Sinne solche Einrichtungen für die Arbeiter sind. In recht diplomatischer Weise hat die Firma die Wohlfahrtsvereine eingeführt. Der sogenannte Deputiertenrat besteht aus lauter alten ehrwürdigen Arbeitern, die bald in den Genuss der Ueberstunden treten. Die ganzen Einrichtungen beweisen, daß nur ein geringer Bruchteil der Arbeiter in den Genuss der Ueberstunden gelangt. Erst nach 50-jähriger Beschäftigung kommen die Arbeiter in den Genuss der gesamten Ueberstunden. Die eingezahlten Beiträge werden den Arbeitern bei ihrer Entlassung erst nach 10-jähriger Beschäftigung, aber dann auch nur zur Hälfte erstattet. Derartige Bestimmungen sind selbst von protestantischen Geistlichen verurteilt, wie aus einem Urteil gegen die Firma Krupp hervorgeht. Die Arbeiter täten gut, sich die Urteilsverurteilung zu merken. (Nr. 37 des „Proletarier“.) Weiter hat die Firma in letzter Zeit das Bestreben, jugendliche Arbeiter einzustellen, weil diese sich anerkennen sind. Zwar zahlt man ihnen noch einen auskömmlichen Lohn, um sie zunächst zu locken. Um diese jüngeren Arbeiter nur zum Sparen zu erziehen, hat man für sie Sparbücher angelegt. Sobald die Leute das Geld oder einen Teil zurück erhalten, so wird ihnen dies äußerst erschwert, ja man hat in einem Falle die bankrottige Schwester zu dem Tode gebracht, um fortzusetzen, so walden Jungs das Geld heranzubringen wollen. Wenn nun solche Personen, die in einer beratenden Weise behandelt und besprochen werden, nach Jahre beim Militär eingezogen haben und dort ordentlich durchgekommen sind, finden in dem Betriebe keine Aufnahme, dann hat man wieder andere Arbeiter. Dergleichen versteht man, die rechtliche Kontrolle im Betriebe einzuführen. Die Arbeiter haben alle die Absicht, mit den besprochenen Zuständen aufzuhören. Die Beschlüsse der Kollegen gegen die Meister, sowie die Beschlüsse im Betriebe müssen aufhören. Es ist notwendig für die Arbeiter des Betriebes, daß ein großer Teil von ihnen sich zusammenschließen, gehen ab und den Gewerkschaften vor dem Lohn und in Verbindung zu stehen, weil der Meister Schmach zu machen will. Die Arbeiter des 20. Jahrhunderts müssen sie sich aufpassen, daß sie nicht in die Hände der Gewerkschaften fallen, dann wird man sich der Dienste der Gewerkschaften bedienen. Die Gewerkschaften müssen sich die Rechte der Arbeiter erhalten. Die Gewerkschaften müssen sich die Rechte der Arbeiter erhalten. Die Gewerkschaften müssen sich die Rechte der Arbeiter erhalten.

Arbeitslosigkeit eines Italiens oder Polen besitzt. Sind doch gerade hier die Lebensmittelpreise ungeheuer hoch, und in den Bezirken der Militärbehörden über Verpflegungszuschüsse wird ihm als eine der teuersten Städte bezeichnet. Die Folgen der niedrigen Löhne sind ungeheure Defizits in jedem Arbeiterhaushalte, die teilweise durch Ueberstunden und Frauenarbeit, zum größten Teil aber durch Unterernährung und Entbehrung aller Art gedeckt werden müssen. Insbesondere das Ueberstundenwesen steht hier in voller Blüte. Die Arbeiter schmarrnen förmlich darum, um Ueberstunden zu machen. Sie bedenken nicht, wie sehr sie damit Raubbau an ihrer eigenen Gesundheit treiben und nicht nur sich und ihre Familie, sondern auch ihre Mitarbeiter schwer schädigen. Durch die Ueberstunden wird das vorhandene Geld verfliehet, den Arbeitern werden bei jedem Verlust, ihre Lage zu bessern, die „hohen“ Gehaltslöhne vorgehalten, die doch nur Ueberstunden, Nachtstunden und Sonntagsarbeit, also auf außerordentliche Kosten der Gesundheit der Arbeiter, erzielt werden. Die Unternehmer scheuen sich nicht, mit den auf diese Art erzielten Löhnen noch öffentlich zu prahlen und jede Not der Arbeiter abzuleugnen.

Aber nicht nur die immer mehr sich greifende Ausbeutung durch die Unternehmer, nicht die unerhörte Leuerung, die uns die bürgerlichen Volksparteien beschert haben, ist es allein, welche den Arbeitern mit der Untergrabung der Gesundheit auch den Geist untergräbt, das Denkermögen hemmt und schwächt, nein, auch die Klimbimvereine, von denen in jeder Kneipe einer sein Domizil aufgeschlagen hat, tun ihr möglichstes, um die Arbeiter vor dem Nachdenken über ihre erbärmliche Lage zu bewahren. In allen möglichen Sinn- und zwecklosen Vereinen können wir die Arbeiter finden, nur nicht dort, wo sie hingehören: in der Organisation. Es soll damit den Arbeitern keineswegs das Quentschen Freude, das sie sich noch leisten, vergrößert werden. Im Gegenteil, es ist ja unser einziges Ziel, dem Arbeiter nach vollbrachter Arbeit geistige und körperliche Erholung zu ermöglichen. Dazu bedarf es aber zuerst der Organisation. In den Klimbimvereinen wird es den Arbeitern niemals ermöglicht, auch nur um einen Pfennig höheren Lohn zu erlangen, wohl aber wird durch die öde Vereinserei auch der letzte Rest des Denkervermögens lahmgelegt und Gleichgültigkeit und Stumpfheit in ihnen an dessen Stelle. Deshalb, Kollegen, fort mit allem verderblichen Schlimm, fort mit allem Klimbim, und hinein in die Organisation. Im Vororte Wehringen hat sich schon eine stattliche Zahl Kollegen, die entschlossen sind, ihr Dasein zu verbessern, zusammengefunden und sich dem Verbände angeschlossen. Kollegen von ihm, wollt ihr hinter ihnen zurückbleiben, habt ihr nicht die gleiche Verpflichtung eurer Familie gegenüber? Seid ihr es nicht euren Kindern schuldig, dem jetzigen Schlandrian zu entgehen, eure Kraft und Geist nicht in blöder Vereinserei zu vergeuden, sondern sie in den Dienst eurer eigenen Sache, in den Dienst der Organisation zu stellen? Denn nur durch die Organisation ist es uns möglich, die elenden Verhältnisse der Fabrik- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen einer Verbesserung entgegenzuführen. Laßt euch nicht durch die paar Pfennige Beitrag abschrecken, denn sie sind ein gut angelegtes Kapital, das euch tausendfältige Zinsen trägt. Ginein in den Verband, und kämpft mit euren Brüdern zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nur dann seid ihr erhaben von dem Vorwurfe, nichts zur Besserung der Verhältnisse getan und damit deren Verschlechterung mitverschuldet zu haben.

**\* Industrielles aus Niederschlesien.** Nachdem nunmehr die umfangreichen baulichen Anlagen des Niederschlesischen Vorkalkwerkes zu Rosentau an der Kachsch, Siegert u. Vogt, G. m. b. H., fertiggestellt sind, erfolgte von der Landespolizei und der Eisenbahn deren Abnahme. Der Geschäftsjahr der Gesellschaft befindet sich in Ober-Kaufung, und die kaufmännische Leitung liegt in Händen des Kaufverbesizers E. Siegert, während der andere Mitinhaber, Ingenieur A. Vogt, dem technischen Betriebe in Rosentau vorsteht. Mit der Eröffnung dieses Werkes sind die industriellen Anlagen im Kreise Rosentau um ein weiteres großes Unternehmen vermehrt, und die Kachschalbahn hat wiederum einen bedeutenden Zufluß an Güter-Verpackung zu gewärtigen. Daß man aber sehr erbaut sein kann von den fortwährenden Neuanlagen, wird kein Arbeiter behaupten. Nach Tausenden zählen die Arbeiter, welche im sonst so schonen Kachschalbahn für Hungerlöhne bei 11—14stündiger Arbeitszeit in den Kalk- und Zementfabriken fronden. In der Zementfabrik Rosentau beträgt der Durchschnittslohn für erwachsene Arbeiter 21 Pf. pro Stunde, in den Kalkwerken Ober-Kaufung 20—22 Pf., in den Ziegelleien und Kreidebrüchen noch weniger. Die Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel sind Großstadtpreise. Nun versetzen sich aber gerade die hiesigen Unternehmer untereinander recht gut, nicht etwa in der Besserstellung der Arbeiter, sondern in deren Ausbeutung. Sobald sich wieder eine neue Arbeitsgelegenheit bietet, scheint uns, als würden auch die zu zahlenden Löhne von irgend einer Seite diktiert. Aber auch auf andere Weise verjagt man die Arbeiter in der Dummheit zu erhalten. Wenn irgend ein Arbeiter etwas von Organisation verstanden läßt, der fliegt und hat zu gewärtigen, daß er anderwärts Arbeit nicht bekommt. Wenn irgend ein Mann es wagen sollte, sein Votum zu Besprechungen für die freien Verbändler herzugeben, den trifft der Born der Arbeitgeber. Auch lassen unsere gegnerischen Organisationen es sich angelegen sein, uns die Lokale abzureißen, damit die verhassten Freien nicht Fuß fassen können.

Sie befürchten, daß entweder ihre eigenen Organisationen gefährdet, oder daß sie aus ihrer Untätigkeit, in der sie jetzt fortwährend herausgerissen würden. Bis jetzt hat man alle Mittel angewandt, um das Plagregieren unserer Organisation zu verhindern, aber, durch das Geld und die Not, welche bei den Arbeitern immer größer wird, gezwungen, werden die Arbeiter bald einziehen, wo ihre Interessen vernichtet werden. Nicht bei den Hirsch-Dunklerischen Gewerkschaften, nicht bei Fachvereinen, sondern im Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen des Kachschales organisieren. Nur dann wird es möglich sein, andere Verhältnisse, d. h. kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne zu erlangen. Gerade die Gegner dieser Mienenweide gehören zu den schwerreichen Magnaten Schlesiens. 13—19 Prozent Dividende warf das vergangene Jahr den Herren in den Schoß, aber den Arbeitern etwas zuzulegen daran hat man nicht gedacht. Deshalb, Arbeitsschänder und Arbeitsschwächler von Ober-Kaufung, Rosentau, Kaufung usw., hinein in unsere Organisation, in den Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, damit es besser werde. Fr. Jo.

### Verbandsnachrichten.

**Vom 8. Oktober ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:**  
Weiß 2798,53. Maudach 223,86. Straßla 175,12. Hoslau 684,20. Mühlberg 2696,23. Bremen 1262,46. Dörfau 1166,44. Delmenhorst 1017,54. Blankenburg a. S. 427,70. Oehrdorf 378,50. Wierfeld 369,56. Werder a. d. S. 311,84. Gaiberg 344,68. Bismarck 328,90. Wolmitz 313,20. Görlitz 307,15. Eichenau 246,82. Köthen 236,44. Eberswalde 215,12. Leipzig 189,60. Wollschütz 183,66. Regau 172,44. Jędrzych 155,54. Soltan 153,06. Wroslawitz 147,10. Lützen 120,00. Heidingfeld 103,10. Niedereben 96,00. Rühndt 75,52. Altmasser 67,92. Schönning 67,16. Schandau 58,84. Treppin (Rega) 42,92. Graefenhain 29,60. Schönlank 10,78. Breslau 9,00. Al-Krosenburger 5,50. Gieffin 1473,34. Schweinfurt 189,92. Stuttgart 150,00. Wumfiedel 356,28. Radeburg 303,62. Suhl 6. Pf. 283,94. Ziegel 237,50. Jena 187,29. Leipzig 80,00. Remfing 71,60. Pöhlitz 59,74. Wallfland 36,76. Sehlen a. Hagen 29,46. Gießelberg 6,96. Pätzlingen 3,00. Berlin 300,00. Wedel i. S. 727,83. Kalbe a. S. 550,63. Karlsruhe 400,00. Tschirn 323,92. Hildesheim 286,58. Köthig-Koswig 211,55. Goslar 219,04. Mühlberg 179,62. Weferland 158,58. Niedereben 118,93. Borsdorf 116,84. Stolp 93,70. Hopt i. S. 68,40. Seeburg 67,52. Treuenbrietzen 66,70. Tribes 49,00. Jenaerberg 22,15. Parfaisheim 31,22. Schweinfurt 26,55. Krosow 17,12. St. Ingbert 12,80. Langenberg, R. 3,45. Hirschberg 1946,28. Friedland i. M. 358,60. Glauchau 298,85. Bamberg 253,78. Worms 269,50. Tüßin 235,38. Sommerfeld, R. 149,34. Witten 117,63. Bad Reichenhall 80,74. Schweinfurt 74,30. Graefenberg i. P. 17,62. Augsburg 1134,03. Radeburg 311,58. Wittenberg 409,38. Wittenberg 6. Pf. 407,80. Pöhlitz

473,90. Mittweida 341,07. Wülter 312,66. Sandhofen 307,14. Erlangen 227,66. Driefen 192,96. Elmshorn 192,54. Zangermünde 186,48. Oßach 121,08. Königheim 102,74. Reiz 102,28. Fruchtsdorf 4,00. Flensburg 1707,18. Schwabach 692,78. Warth 501,80. Karlsruhe 406,65. Breg 313,60. Pannau 166,90. Gailhain 89,20. Augsburg — 75. Halle a. S. 1748,76. Abert 1615,00. Lübben 822,34. Thale a. S. 600,00. Brunsbüttel 569,98. Heegermühle 442,92. Bernburg 382,37. Eisenberg a. S. 338,54. Friedrichsdorf i. S. 262,24. Gabelberg 238,94. Ermsteden 211,04. Kellinghagen 193,20. Freiberg i. S. 180,68. Kellertsch 175,26. Krefeld 159,97. Schöningen 142,80. Dörfau 100,14. Bilibis 66,40. Schönheide 37,30. Guben 27,80. Cursdorf 19,92. Mühlberg 1447,02. Węgrzy 428,48. Graefenhain 345,22. Mutterstadt 280,00. Schweiningen 235,55. Pforzheim 191,50. Osterheim 106,38. Wolfen 54,20. Chemnitz 21,55. Wendorf 9,54. Mannheim 976,96. Berlin 654,48. Köswig (Anh.) 569,38. Renfeld 554,73. Müdenheim 351,40. Weimar 311,32. Wühlberg 262,46. Burg a. S. 238,92. Nieb a. M. 166,70. Wörlitz 149,00. Ohlau 99,32. Torgau 58,09. Hohenstein 47,64. Penzlin 19,52. Dresden 2,55. Merseburg 382,72. Sonneberg i. S. 264,62. Waagen 203,89. Königsberg 176,00. Heidenheim 140,20. Lüneburg 1439,06. Weipzig 800,00. Garburg 800,00. Szeboe 796,56. Brandenburg 704,73. Fürth 642,50. Spandau 631,44. Weisenfels 611,28. Altona 608,40. Rölln 564,54. Lauenburg 534,92. Rauen 412,26. Gotha 376,50. Weyden 328,74. Detmold 322,76. Gladficht 319,96. Eggersheim 301,88. Erfurt 251,63. Jena 250,96. Stiegan 230,27. Dömitz 193,08. Wernberg 100,42. Chemar 65,94. Kreuz 33,92. **Schluss: Montag, 14. Oktober, mittags 12 Uhr.** Fr. Brunz, Kassierer.

**Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:**  
Zahlstelle Gartha i. S. hat die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro Woche und männliches Mitglied erhalten.

**Neu- und für ungültig erklärte Bücher.**  
Nr. 3931, ausgestellt auf den Namen Max Klingner am 23. August 1903. Das Buch ist anzuhalten und an den Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. zu jenden.

Nr. 139341, ausgestellt auf den Namen Anton Sarina in Höchst a. Main.

Nr. 223815, ausgestellt auf den Namen Wilhelm Dank, ist in Lübben neben einer größeren Summe Geldes gestohlen worden. Es wird ersucht, die Personalien des Buchvorzeigenden feststellen zu lassen.

Nr. 263772, ausgestellt auf den Namen Aug. Garnid, am 15. 6. 07 in Nürnberg.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**

**Gau 11** (Schlesien, Sitz Breslau). Fr. Joppich, ab 1. November Herbaustraße 37, IV.

**Dömitz.** Albert Philipp, Kolonie.

**Fraustadt.** Joseph Kusch, Alte Poststraße 6.

**Greifenberg.** Rob. Müller, Marienstraße 56.

**Sandshut i. N.-Bayern.** F. Obermaier, Westendhalle.

**Pl. Grund.** Ernst Tauscher, Deuben, Postentalstraße 26, Hinterhaus.

**Brech.** Friz Koss, Optikerstr. 190.

**Rentlingen.** Meißel wird ausgezahlt bei R. Sprengard, Ottilienstr. 4, von 12—1 Uhr und abends von 6—8 Uhr, Sonntags von 10—1 Uhr.

**Rothenburg o. T.** Fr. Strube, Würzburger Tor 575.

**Soltan.** Sinze, Winklerstraße.

**Schwedt a. d. Oder.** Herm. Bredow, Karthaus 53.

**Schönlank.** Emil Heuer, Postenstr. 16.

**Lützen.** Jos. Hupfauer.

**Westerland.** Friedrich Mokus, Einum.

**Briefkasten.**

Vor. Urteil ist auch in Nr. 37 des „Proletarier“ ausführlich abgedruckt; inzwischen hat übrigens das Essener Gewerbegericht entgegengelesen erklärt.

**Z. N.** Aufnahme abgelehnt; die Debatte über Grenzstreitigkeiten muß doch einmal ein Ende haben.

**Z. K., Nied.** Wir bitten hier um weitere Artikel. Der erste erscheint in einer der nächsten Nummern.

**Zahlstelle Alfeld.**

Unsre nächste **Mitglieder-Versammlung** findet statt am 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Verkehrslokal R. Nies. (Unter Besuch ist sehr erwünscht.)

**Die Bevollmächtigten.**

**Zahlstelle Heidenheim.**

Unsre Mitglieder werden ersucht, sich an der außerordentlichen **Versammlung** der vereinigten Gewerkschaften, welche am 27. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum Rad tagt, vollständig zu beteiligen, da es sich auch um wichtige Angelegenheiten für unsern Verband handelt. [105. A.]

**Zahlstelle Köln und Ung.**

Samstag, den 20. Oktober 1907, nachmittags 3 Uhr, tagt in **G. n. Volkshalle, Saal 3**, unsere **Generalversammlung.**

Tagungsordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1907.  
2. Geschäftsbericht.  
3. Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse.

Es wird erwartet, daß sich die Kollegen recht zahlreich in der Versammlung einfinden.

**Die Bevollmächtigten.**

**Zahlstelle Lauenburg.**

Sonntag, den 20. Oktober 1907, im Lokale des Herrn Aug. Körting: **9. Stiftungsfest.**

Es ladet freundlich ein **Das Festkomitee.**

**Zahlstelle Niederrhedeleben.**

Unsere werten Mitglieder hiermit zur Kenntnis, daß jeden letzten Sonntag im Monat, abends 7½ Uhr, bei **Hermann Schmidt, Schnarsleben**, eine **Sitzung** abgehalten wird. Wir bitten um zahlreichen Besuch.

**Die Bevollmächtigten.**

**Zahlstelle Oranienburg.**

Das Kartell hat bei **Heider, Mühlentstraße 31**, eine **Gewerkschafts-Verberge** eröffnet. Jeder durchreisende Kollege kann dieselbe vom 1. Oktober ab unentgeltlich benutzen, jedoch muß sein Mitgliedsbuch in Ordnung sein. Schlafmarken gibt es beim 1. Bevollmächtigten.

**Die Bevollmächtigten.**

**Zahlstelle Pöhlitz und Ungegend.**

Sonntag, den 20. Oktober 1907, nachmittags 3 Uhr, bei **Fahst, Wühlentstraße 104:** **Mitglieder-Versammlung**

Da die Tagesordnung eine wichtige ist, werden sämtliche Kollegen ersucht, pünktlich zu erscheinen.

**Die Bevollmächtigten.**

**Zahlstelle Regensburg.**

Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zum blauen Ochsen: **Mitglieder-Versammlung**

Da die Tagesordnung eine wichtige ist, wird zahlreicher Besuch seitens der Kollegen erwartet. Mitgliedsbücher sind vorzubringen.

**Die Bevollmächtigten.**